LANDRATSAMT REUTLINGEN
Den 14.03.2012

KT-Drucksache Nr. VIII-0422

für den Kreistag
-öffentlich-

Zukunft der EU-Strukturpolitik in Baden-Württemberg ab 2014
Mitteilungsvorlage

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Aufwand/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Bei der Brüsselfahrt einer Kreistagsdelegation im Oktober 2011 hatten die Teilnehmer Gelegenheit, viele interessante Gespräche zu kommunalrelevanten EU-Politikbereichen zu führen. Es bestand Konsens, dass Europa ein wichtiges Thema auch für unseren Landkreis ist. Es wurde der Wunsch geäußert, im Rahmen einer Kreistagssitzung umfassend über die zukünftige Ausgestaltung der EU-Förderpolitik ab 2014 informiert zu werden.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Bedeutung der Europäischen Ebene für den Landkreis

Der Einfluss der Europäischen Union (EU) auf die kommunale Ebene nimmt stetig zu. Viele kommunale Aufgabenfelder werden direkt von Europa berührt. Neben der kommunalrelevanten EU-Gesetzgebung spielt vor allem die Europäische Förderpolitik eine wichtige Rolle für unseren Landkreis.

Bereits heute nutzt der Landkreis zahlreiche Fördertöpfe der EU. Zu den Wichtigsten zählen:

- Europäischer Sozialfonds (ESF)

  Aus dem ESF stehen dem Landkreis Reutlingen rund 330.000 EUR/Jahr als regionalisiertes Budget zur Verfügung. Diese Gelder werden jährlich über den vom Sozialdezernat geführten ESF-Arbeitskreis vergeben.

- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

  Aus diesem Fonds stehen für Baden-Württemberg 2007 bis 2013 insgesamt 143,4 Mio. EUR für das Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (RWB)" zur Verfügung. Dieses Ziel wird in Baden-Württemberg über das Operatio-

nelle Programm RWB-EFRE gefördert, das elf Förderprogramme umfasst. Viele Unternehmen und Kommunen aus dem Landkreis Reutlingen haben bereits diese Programme in Anspruch genommen, z. B. das Technologieförderprogramm oder das Programm "Heizen und Wärmenetze mit regenerativen Energien". So bekam z. B. das Naturwissenschaftliche und Medizinische Institut (NMI) in Reutlingen einen Zuschuss in Höhe von 2 Mio. EUR aus dem Programm "Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur..." für das NMI-Innovationsforum.

- Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

  Aus diesem Fonds wird die sogenannte "Zweite Säule" der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union gefördert. Einen Großteil dieser Gelder verwaltet das Kreislandwirtschaftsamt über den Gemeinsamen Antrag. Im Jahr 2010 wurden allein aus den Hauptprogrammen Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich (MEKA), Ausgleichszulage Landwirtschaft (AZL), Landschaftspflegerichtlinie-Vertragsnaturschutz (LPR-A) und Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) über 7 Mio. EUR an rund 900 Antragsteller ausbezahlt, wobei rund 50 % durch die EU finanziert sind.

  Weitere wichtige Programme, die die EU aus diesem Fonds bezuschusst, sind das Kreispflegeprogramm (LPR-B) und das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR).

- LIFE+

  Acht Gemeinden aus dem Landkreis Reutlingen liegen im Projektgebiet des LIFE-Projektes "Vogelschutz in Streuobstwiesen". Das Gesamtprojekt umfasst rund 5,2 Mio. EUR (2009 bis 2013), wobei 50 % von der EU finanziert sind.

2. Ausgestaltung der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020

Derzeit befinden wir uns in einer entscheidenden Phase für die Ausgestaltung der neuen Förderperiode ab 2014.

Im Juni 2011 hat die EU-Kommission den Vorschlag für den Finanzrahmen 2014 bis 2020 vorgelegt und im Oktober 2011 die neuen Verordnungsentwürfe für die Strukturfonds veröffentlicht.

Diese EU-Vorgaben müssen nun auf Landesebene in sogenannte Operationelle Programme (OPs) umgesetzt werden, die 2014 bis 2020 den Rahmen für die EU-Förderung in Baden-Württemberg bilden werden. Richtschnur dabei ist die Verwirklichung der Ziele der EU 2020-Strategie: Intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Herr Domansky, Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel, wird in der Kreistagssitzung auf die wichtigsten Eckpunkte dieser neuen EU-Vorgaben eingehen.

Die Landesregierung hat ein breit angelegtes Konsultationsverfahren bei der Ausarbeitung der Operationellen Programme angekündigt und teilweise bereits begonnen. Herr Ministerialdirigent Alker vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz wird über das Verfahren bei der Aufstellung der OPs berichten und erläutern, welche Beteiligungsmöglichkeiten für Landkreise und Kommunen bestehen.

3. Die bisherigen EU-Aktivitäten des Landkreises Reutlingen

Derzeit ist bei der Stabstelle für nachhaltige Regionalentwicklung eine Person mit 20%-Stellenanteil für Fördermittelmanagement auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zuständig.

Es werden folgende Aufgabenschwerpunkte bearbeitet:

- Information über aktuelle Fördermöglichkeiten

  Landkreisverwaltung und Kommunen werden über aktuelle Förderprogramme und Wettbewerbsaufrufe informiert. Nach den Rückmeldungen von Ämtern und Kommunen kommt dieses Informationsangebot gut an und wird gerne genutzt. Zum Beispiel konnte der Neubau der Kaufmännischen Schule Bad Urach in ein Förder- und Forschungsvorhaben des Bundes aufgenommen werden. Auf Anfrage werden auch Fördermittelrecherchen zu konkreten Projektideen durchgeführt.

- Fachliche Stellungnahmen

  Die Stabstelle gibt Stellungnahmen zur Ausgestaltung von Förderprogrammen ab. So stehen wir derzeit z. B. in Kontakt mit der EU-Abgeordneten Jeggle und dem Land bezüglich der Fragestellung, wie der Streuobstbau in unserer Region in der neuen Förderperiode effektiver unterstützt werden kann.

- Aufbau eines EU-Netzwerks

  Durch die Teilnahme an Netzwerktreffen, z. B. der Arbeitskreise Europa beim Landkreistag und bei der Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum sowie durch Kontaktpflege zu den Europabeauftragten anderer Landkreise, zu Europaabgeordneten und Verantwortlichen bei europäischen Institutionen wurde ein EU-Netzwerk aufgebaut.

Diese Aufgabenschwerpunkte decken nur einen kleinen Teil der vielfältigen Themen und Handlungsfelder rund um die Europäische Union ab.

4. Welche zusätzlichen EU-Aktivitäten des Landkreises wären wichtig?

Wenn der Landkreis sich dem Thema EU umfassender widmen und neue Chancen erschließen will, müssen die erforderlichen personellen Voraussetzungen geschaffen werden. In diese Richtung gingen bereits andere Landkreise, wie z. B. der Landkreis Tübingen oder der Rems-Murr-Kreis. Dort wurden EU-Beauftragte eingestellt, die sich zu 100 % um dieses Thema kümmern.

Wichtige Aufgaben eines solchen Europabeauftragten könnten z. B. sein:

4.1 Ausbau und Intensivierung des EU-Fördermittelmanagements

- LEADER-Bewerbung

  Im März 2013 läuft das PLENUM-Förderprogramm aus. Das Europäische Förderprogramm LEADER (Liaison entre actions de développement de l'économie rurale) steht voraussichtlich ab 2014 zur Verfügung. Zwar sind die Förderkonditionen dafür im Detail noch nicht bekannt, es besteht für den Landkreis aber grundsätzlich die Möglichkeit, sich um eine Aufnahme in das LEADER-Programm zu bewerben.

- Ausbau der Fördermittelberatung für Kommunen

  Eine telefonische Bedarfsabfrage im Herbst 2011 ergab, dass das Beratungsangebot für Kommunen noch ausgebaut werden sollte. Insbesondere wurde angeregt, Förderprogramme noch stärker auf die Relevanz für einzelne Kommunen zu prüfen, Aufwand und Erfolgschancen bei einer Bewerbung besser abzuschätzen oder auch einen Informationsaustausch zwischen den Kommunen zu bestimmten Förderthemen zu organisieren.

4.2 Ausbau der Europafähigkeit

Auf EU-Ebene gibt es zahlreiche Aktionsprogramme, von denen auch Landkreise und Kommunen profitieren können. Diese Programme stellen oft hohe Anforderungen an die Antragsteller durch kurze Ausschreibungsfristen, einen erwarteten europäischen Mehrwert und die Pflicht, mit internationalen Partnern zusammenzuarbeiten. Um diese Förderchancen erfolgreich nutzen zu können, ist es unverzichtbar, sich frühzeitig intensiv mit den Programmen zu beschäftigen, entsprechende Projekte vorzubereiten und internationale Netzwerke aufzubauen.

4.3 Kreisinterner Ansprechpartner für EU-Fragen

Die Wahrnehmung der EU und der von dort kommenden Regelungen ist häufig wenig positiv, eine klare Vorstellung des EU-Institutionengefüges besteht oft nicht. EU-Entscheidungen wirken häufig fremd und wenig nachvollziehbar. Ein Europabeauftragter kann hier als kreisinterner Ansprechpartner für EU-Fragen fungieren. Ein Europabeauftragter kann eine wichtige lokale Schnittstelle zwischen den Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und der EU auf der anderen Seite sein. Er kann sich dafür einsetzen, dass wichtige Themen der EU erläutert werden. Dies kann durch übersichtliche Informationsangebote im Internet geschehen, dies kann aber auch durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen oder die Durchführung von Europatagen an Schulen erfolgen.